



Zustellung gegen Empfangsbekenntnis

TenneT TSO GmbH

z.Hd. [REDACTED]

Bernecker Straße 70

95448 Bayreuth

Per Mail vorab an: [REDACTED]

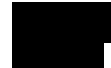
Ihr Antrag vom

26.02.2021

Mein Zeichen

4.14.03.02/0010

☎ 0228



Bonn

01.06.2021

Feststellungs- und Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 26 Abs. 2 und 4 KVBG i.V.m. § 13b Abs. 2 und 5 EnWG bezüglich der Systemrelevanzprüfung der Anlage Heyden Block 4 (BNA0793)

In dem Verwaltungsverfahren gegenüber

der TenneT TSO GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung, Bernecker Str. 70, 95448 Bayreuth

- Antragstellerin -

unter Beteiligung der

Uniper Kraftwerke GmbH, vertreten durch den Vorstand, Holzstraße 6, 40221 Düsseldorf

- Beteiligte -

Bundesnetzagentur für
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen

Behördensitz: Bonn
Tulpenfeld 4
53113 Bonn
☎ 0228 14-0

Telefax Bonn
0228 14-8872

E-Mail
poststelle@bnetza.de
Internet
<http://www.bundesnetzagentur.de>

Bitte neue Bankverbindung beachten!
Bundeskasse Weiden
Dt. Bundesbank – Filiale Regensburg
BIC: MARKDEF1750
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07

wegen: des Antrages auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlage Heyden Block 4 (BNA0793) sowie der Feststellung der Tatbestandsvoraussetzungen des § 26 Abs. 4 Satz 1 KVBG,

hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann, am 31. Mai 2021 entschieden:

1. Es wird festgestellt, dass der ÜNB TenneT TSO GmbH vom Betreiber Uniper Kraftwerke GmbH auf Grund der bei unterstellter fehlender Umrüstung zur rotierenden Phasenschieberanlage (rPSA) bestehenden Systemrelevanz der Anlage Heyden Block 4 (BNA0793) deren Umrüstung verlangen kann.
2. Die TenneT TSO GmbH ist verpflichtet, von der Uniper Kraftwerke GmbH unverzüglich nach Bekanntgabe dieses Bescheides die Umrüstung von Heyden Block 4 zur rPSA zu verlangen.
3. Der Antrag der Antragstellerin vom 26.02.2021 auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlage Heyden Block 4, beginnend am 08.07.2021 bis zum 30.09.2022, wird genehmigt. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.
4. Die TenneT TSO GmbH wird verpflichtet, unter Beteiligung der Uniper Kraftwerke GmbH der Bundesnetzagentur über den Fortgang der Planung und die Vorbereitung der Umrüstung der Anlage Heyden Block 4 alle vier Monate, beginnend ab dem 08.08.2021, schriftlich zu berichten. Dabei ist von der TenneT TSO GmbH unter Beteiligung der Uniper Kraftwerke GmbH bis zum 08.08.2021 ein Projektplan vorzulegen, in dem die zur Umrüstung erforderlichen Maßnahmen sowie die entsprechenden Zeitpunkte zu deren geplanter Umsetzung dargelegt werden.
5. Die TenneT TSO GmbH wird verpflichtet, spätestens bis zum 01.09.2022 eine Verlängerung der Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlage Heyden Block 4 nach Ziffer 3 zu beantragen, falls sich bis zum genannten Zeitpunkt herausstellt, dass mit den Arbeiten zur Umrüstung der Anlage Heyden Block 4 nicht am 01.10.2022 begonnen werden kann.

Gründe:

I.

Die Beteiligte, die Betreiberin der Anlage Heyden Block 4 (im Folgenden: Heyden), nahm an der ersten Ausschreibungsrunde zur Reduzierung der Kohleverstromung nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) teil. Ihr Gebot bezüglich der Anlage Heyden erhielt einen Zuschlag. Die Bundesnetzagentur (im Folgenden: BNetzA) informierte am 01.12.20 die Übertragungsnetzbetreiber (im Folgenden: ÜNB), welche Anlagen einen Zuschlag in der ersten Ausschreibungsrunde erhalten hatten. Zudem teilte sie mit, dass das Kohleverfeuerungsverbot für die bezuschlagten Anlagen am 08.07.2021 wirksam wird. Im Anschluss prüften die Übertragungsnetzbetreiber gemeinsam, welche der betreffenden Anlagen ab dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Kohleverfeuerungsverbots systemrelevant im Sinne von § 13b Absatz 2 Satz 2 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) sind.

Mit Schreiben vom 26.02.2021 (eingegangen bei der BNetzA am 26.02.2021) teilte die Antragstellerin mit, dass Heyden systemrelevant sei und beantragte die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung von der BNetzA. Dabei erklärte die Antragstellerin auch, dass sich die Systemrelevanz Heydens aus der Blindleistungsbereitstellung durch die Anlage ableite, und sie sich daher aus Verhältnismäßigkeits- und Effizienzkriterien veranlasst sehe, die sofortige Umrüstung Heydens zu einer rotierenden Phasenschieberanlage (rPSA) gem. §§ 26 Abs. 4 Satz 1, 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 KVBG von der Beteiligten zu verlangen. Diesbezüglich führte die Antragstellerin weiter aus, dass Heyden für den Fall, dass sich ein Umbau zur rPSA nicht bis zur Stilllegung des Kernkraftwerks Grohnde zum 31.12.2021 realisieren lasse, als systemrelevantes Kraftwerk zur Blindleistungsbereitstellung zur Verfügung stehen müsse. Für diesen Fall werde eine Genehmigung der Systemrelevanzausweisung für den Zeitraum vom 08.07.2021 bis zum 07.07.2023 beantragt, damit Heyden so bis zur Umrüstung zur rPSA für die Blindleistungsbereitstellung genutzt werden könne. Als Umrüstungszeitraum kämen in dieser Konstellation laut Antragstellerin die windreichen Monate von Oktober 2022 bis März 2023 in Betracht.

Zur Begründung der Notwendigkeit einer Genehmigung der Systemrelevanzausweisung bzw. einer Umrüstung Heydens führte die Antragstellerin aus, dass ohne die Verfügbarkeit Heydens zur Blindleistungsbereitstellung eine zeitliche Lücke in der Versorgung von Blindleistung ab Wirksamwerden des Kohleverfeuerungsverbots bis zur Installation und Inbetriebnahme eigens geplanter Blindleistungskomponenten entstehe. Das Defizit an

Blindleistung verschärfe sich zudem durch die zum 31.12.2021 veranlasste Stilllegung des Kernkraftwerks Grohnde. Somit sei ohne den Einsatz von Heyden zur Blindleistungsbereitstellung in der Zeit vom 01.07.2021 bis voraussichtlich Ende des Jahres 2025 mit hinreichender Wahrscheinlichkeit mit einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung des Elektrizitätsversorgungssystems zu rechnen, die nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden könne. In Anbetracht des maßgeblichen Zeitraums behielt sich die Antragstellerin auch ausdrücklich vor, für den Fall einer Genehmigung der Systemrelevanzausweisung diese über den 07.07.2023 hinaus zu beantragen.

Zur Notwendigkeit einer Umrüstung Heydens zur rPSA führte die Antragstellerin im Einzelnen weiter aus, dass nach ihren Analysen der Bedarf an stationärer und dynamisch regelbarer Bereitstellung von spannungsstützender Blindleistung in der Netzregion rund um den Ballungsraum Hannover bestehe. Dies resultiere daher, dass im nördlichen Teil des Netzgebiets der Antragstellerin aufgrund der Transportsituation, des Blindleistungsbedarfs des eigenen Netzes sowie des Verhaltens des unterlagerten Verteilnetzes Spannungsengpässe aufträten. Diese hätten in den vergangenen Jahren in ihrer Häufigkeit und im Gesamtbetrag stetig zugenommen. Aus diesem Grund sei Heyden im Zeitraum von 2018 bis 2020 in insgesamt [REDACTED] Stunden für den spannungsbedingten Redispatch abgerufen worden. Dabei hätten sich die Einsatzstunden Heydens zum spannungsbedingten Redispatch von [REDACTED] Stunden im Jahr 2018 auf zunächst [REDACTED] Stunden im Jahr 2019 erhöht, und mit [REDACTED] im Jahr 2020 im Vergleich zum Ausgangsjahr 2018 sogar vervierfacht.

Des Weiteren seien in den vergangenen Jahren vermehrt Netznutzungsfälle mit sehr hohen Spannungen aufgetreten, denen nur mit Stromkreisausschaltungen zur Reduktion der Ladeleistung begegnet werden konnte. Auch solche Stromkreisausschaltungen hätten in den letzten Jahren vermehrt und für längere Zeiträume als bis dahin üblich durchgeführt werden müssen. Als Beispiel hierfür führte die Antragstellerin den 11.04.2020 an, an dem allein im betreffenden Netzgebiet um den Ballungsraum Hannover bis zu [REDACTED] Stromkreise mit einer Gesamtlänge von ca. [REDACTED] km (entspricht nach Angabe der Antragstellerin ca. [REDACTED] MVar) zur Reduktion der Ladeleistung ausgeschaltet werden mussten. Im gesamten Netz der Antragstellerin hätten am betreffenden Tag sogar insgesamt [REDACTED] Stromkreise mit einer Gesamtlänge von [REDACTED] km (entspricht nach Angabe der Antragstellerin ca. [REDACTED] MVar) zu diesem Zwecke ausgeschaltet werden müssen. Obschon diese Ausschaltungen aus Gründen der Netzsicherheit erfolgen würden, führten diese ihrerseits in der Folge wieder zu einer Schwächung des Netzes, sodass die Ausschaltungen

von Stromkreisen auf lange Sicht kein angemessenes Werkzeug zur Behebung der kritischen Spannungswerte im Netz der Antragstellerin seien.

Zudem stellte die Antragstellerin zur Begründung ihres Antrages auf die Blindleistungsbilanzanalysen der Systemanalyse der ÜNB des Jahres 2021 (im Folgenden: BA 21) ab. Mittels dieser sei für die Region um Heyden ein Defizit von ■■■ MVar stationär spannungssenkender und ■■■ MVar dynamisch regelbarer Blindleistung identifiziert worden. Darüber hinaus zeigten die Analysen der Jahresdauerlinien, dass das Defizit an stationär spannungssenkender Blindleistung den Wert von ■■■ MVar übersteige. Die Analyse der Jahresdauerlinie zeige außerdem in ca. ■■■ Stunden pro Jahr ein Defizit von ■■■ MVar sowie in weiteren ca. ■■■ Stunden pro Jahr von über ■■■ MVar jeweils an dynamisch regelbarer Blindleistung auf. Dieses Defizit könne voraussichtlich erst mit Inbetriebnahme der STATCOM-Anlagen im Umspannwerk Mehrum/Nord und Bechterdissen sowie der rPSA im Umspannwerk Würgassen, die im ■■ bzw. ■■■■ des Jahres ■■■ erfolgen sollen, behoben werden. Über diese geplanten Maßnahmen hinaus seien in der maßgeblichen Region zur Bereitstellung von stationärer spannungssenkender Blindleistung die Ladekompensationsspulen an den Umspannwerken Eickum (voraussichtliche Inbetriebnahme im ■■■■■■■■■■), Landesbergen (voraussichtliche Inbetriebnahme im ■■■■■■■■■■) sowie in Würgassen (voraussichtliche Inbetriebnahme im ■■■■■■■■■■) geplant. Als weitere Vorhaben zur Bereitstellung dynamisch regelbarer Blindleistung seien in der maßgeblichen Region die STACOMs an den Umspannwerken Bechterdissen (voraussichtliche Inbetriebnahme im ■■■■■■■■■■) und Landesbergen (voraussichtliche Inbetriebnahme im ■■■■■■■■■■) geplant. Sollte es zu einer Verzögerung der voraussichtlichen Inbetriebnahme der genannten Blindleistungskompensationsanlagen kommen, sei die Notwendigkeit eines rPSA-Betriebs von Heyden über das ■■■■■■■■■■ hinaus in Betracht zu ziehen.

Die Notwendigkeit Heydens zur Spannungshaltung zeige sich auch durch den Umstand, dass die Anlage in den letzten Jahren sehr häufig zum spannungsbedingten Redispatch abgerufen worden sei. Aufgrund der deshalb zu erwartenden zukünftigen Abrufhäufigkeit Heydens zu selbigem Zwecke erscheine die Umrüstung Heydens zur rPSA als die effizienteste Variante zur Behebung des Blindleistungsdefizits in der Netzregion, da eine rPSA das Blindleistungsdefizit in der betreffenden Netzregion signifikant und häufig sogar vollständig decken könne. Darüber hinaus wies die Antragstellerin für den Fall, dass Heyden nicht bis zum 31.12.2021 zur rPSA umgerüstet werden könne, darauf hin, dass für diesen Fall ein Stilllegungsverbot für Heyden auszusprechen wäre.

Die Blindleistungsbilanzanalysen der Systemanalyse 2021 haben nach Aussage der ÜNB zu unplausiblen Ergebnissen geführt. Diese wurden daher nicht von der BNetzA im Rahmen der Feststellung des Netzreservebedarfs bestätigt (vgl. Feststellung des Bedarfs an Netzreserve für den Winter 2021/2022 sowie das Jahr 2023/2024, S. 21 ff.). In der Folge forderte die BNetzA die Antragstellerin am 12.03. und 19.03.2021 unter Fristsetzung jeweils bis zum 07.04.2021 dazu auf, ihren Antrag zu substantiieren. Zum Nachweis von Spannungsbandverletzungen bzw. als problematisch anzusehenden Spannungssprüngen wurde insbesondere die Bereitstellung und Auswertung von Snapshot-Daten konkreter historischer Netzsituationen gefordert. Zudem wurden weitere Angaben zur Beurteilung des Sachverhaltes insbesondere hinsichtlich der durch einen rPSA-Betrieb entstehenden Kosten erbeten. Wegen der Einzelheiten der angeforderten Auskünfte durch die BNetzA wird auf die Verfahrensakte Bezug genommen. Dieser Aufforderung kam die Antragstellerin fristgerecht am 07.04.2021 nach. Die nachgereichten Unterlagen und Auskünfte ermöglichten jedoch immer noch nicht eine abschließende Beurteilung der Systemrelevanz von Westfalen. Folglich forderte die BNetzA die Antragstellerin am 14.04.2021 nochmals (unter Fristsetzung bis zum 23.04.2021) dazu auf, weitere Informationen zur Substantiierung ihres Antrages zur Verfügung zu stellen. Dieser Aufforderung kam die Antragstellerin am 23.04.2021 nach.

Zusätzlich zu den angeforderten Auskünften und Unterlagen fand am 23.03.2021 ein Termin zwischen Antragstellerin und BNetzA statt, um den bis dato aktuellen Zwischenstand des Verfahrens zu besprechen. In diesem Gespräch erklärte die Antragstellerin auf Nachfrage der BNetzA zum hiesigen Antrag, dass in der Hauptsache die Umrüstung Heydens zum rPSA gewollt sei und eine Überführung in die Netzreserve nur hilfsweise erfolgen solle. Des Weiteren gab sie abweichend von ihren Ausführungen im Antrag vom 26.02.2021 an, dass eine Umrüstung nicht zwangsläufig bis zum 31.12.2021 erfolgen müsse, sondern diese auch bis zum März 2022 erfolgen könne, ohne dass dadurch eine Störung oder Gefährdung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems zu befürchten sei. Grund dafür sei, dass eine Umrüstung zur rPSA gut während der windreichen Monate von Oktober bis März durchzuführen sei. Sollte die Inbetriebnahme der rPSA nicht bis zum März 2022 erfolgen können, wäre eine Umrüstung erst wieder ab Oktober 2022 möglich.

Zudem teilte die Antragstellerin der BNetzA im Termin vom 23.03.2021 mit, dass es für die effektive Vorplanung der Umrüstung erforderlich sei, eine Machbarkeitsstudie durchzuführen. Diese diene laut Angabe der Antragstellerin dazu, vor dem Start der konkreten Vorhabenplanung die Notwendigkeit der erforderlichen Maßnahmen unter den Beteiligten

abzustimmen. Die Kosten für eine solche Machbarkeitsstudie seien auf ca. ■■■■■ Euro zu schätzen. Die Antragstellerin sagte der BNetzA zu, eine genauere Abschätzung zu den Kosten einer Machbarkeitsstudie vorzulegen.

Im Rahmen der nachgeforderten Auskünfte gab die Antragstellerin an, dass eine Umrüstung Heydens zur rPSA in insgesamt sechs bis acht Monaten zu realisieren wäre (drei bis vier Monate Umrüstzeit sowie Vorplanungszeit in ähnlichem zeitlichen Umfang). Ausgehend von den Kosten zur Umrüstung des Kernkraftwerks Biblis schätzte die Antragstellerin die Kosten für eine Umrüstung Heydens zur rPSA auf ca. ■■■ Mio. Euro. Die Betriebskosten für den rPSA-Betrieb Heydens würden voraussichtlich ■■■ Mio. Euro pro Jahr betragen. Dagegen würden die Kosten für den Einsatz Heydens zum spannungsbedingten Redispatch ca. ■■■ bis ■■■ Mio. Euro pro Jahr betragen. Der Kostenunterschied sei insbesondere durch einsatzabhängige Kosten wie die Beschaffung von Brennstoffen und CO₂-Zertifikaten sowie einsatzunabhängige Kosten wie etwa zur Leistungsvorhaltung und für Netznutzungsentgelte begründet.

Die BNetzA fragte bei der Antragstellerin nach, weshalb es in der Vergangenheit zu einem Anstieg des Einsatzes von Heyden zum spannungsbedingten Redispatch gekommen sei. Die Antragstellerin antwortete, dass es im betreffenden Zeitraum zu einem deutlichen Zubau von EEG-Anlagen auf den unterlagerten Netzebenen gekommen sei. In Folge dieses Zubaus und des Ausbaus der unterlagerten Netze in Form von Erdkabelstrecken sei der Bedarf an spannungssenkender Blindleistung angestiegen. Dieser Bedarf habe ebenfalls dazu geführt, dass bereits vorhandene Kompensationsanlagen häufiger und länger zur Blindleistungsbereitstellung hätten genutzt werden müssen. Dies ging aber auch mit einer schnelleren Alterung dieser Betriebsmittel und sogar teilweise mit deren Nichtverfügbarkeit einher. Verschärft werde diese Situation durch den Wegfall weiterer zur Blindleistungsbereitstellung fähiger konventioneller Kraftwerke etwa im Rahmen des Kohle- oder Kernenergieausstiegs. Eine Fortsetzung dieses Trends sei nach Ansicht der Antragstellerin aufgrund der sich nicht ändernden Rahmenbedingungen zu erwarten. Zudem sei zu erwarten, dass sich das in der Region bereits bestehende Blindleistungsdefizit mit der Stilllegung des Kernkraftwerks Grohnde zum 31.12.2021 gem. § 7 Abs. 1a Satz 1 Nr. 5 des Gesetzes über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (AtG) nochmals erheblich vergrößern würde.

Ad-hoc-Alternativen zu einer Umrüstung Heydens bestünden laut Antragstellerin hingegen nicht. Eine marktgestützte Beschaffung von dynamisch regelbarer Blindleistungsbereitstellung käme nicht in Betracht, da für diese nichtfrequenzgebundene Systemdienstleistung (nfSDL) eine Ausnahme von der Verpflichtung zur marktgestützten Beschaffung

durch die BNetzA erteilt worden sei (vgl. Beschluss der Beschlusskammer 6 vom 18.12.2020, Az. BK6-20-296). Des Weiteren seien keine Kompensationsanlagen bei den in Frage kommenden Herstellern lagernd verfügbar oder von Dritten im Netz existent. Ein Zugriff auf Anlagen im Verteilnetz hingegen sei nicht zielführend, da die Wirksamkeit von Anlagen im Verteilnetz auf das Übertragungsnetz aufgrund der großen elektrischen Entfernung sowie der zwischen Verteil- und Übertragungsnetz liegenden Transformatoren im Umfang und damit der Effektivität begrenzt sei. Zudem seien die EEG-Anlagen im Verteilnetz aufgrund der im Netzgebiet vorherrschenden $\cos(\phi)$ -Regelung in dargebotsschwachen Phasen auch nicht im erforderlichen Maße zur Blindleistungsbereitstellung in der Lage, da diese nur zusammen mit der Wirkleistungseinspeisung erfolgen kann.

Außerdem konkretisierte die Antragstellerin ihre im ursprünglichen Antrag enthaltenen Ausführungen zu erforderlichen Stromkreisausschaltungen dahingehend, dass diese nicht als Alternative zu einer Umrüstung Heydens in Frage kämen. Stromkreisausschaltungen würden die Gefahr bergen, bei Störereignissen zu Stabilitätsproblemen zu führen und seien deshalb zu vermeiden.

Zum Einsatz mobiler Kompensationsanlagen als alternative Maßnahmen wies die Antragstellerin darüber hinaus darauf hin, dass diese unter Berücksichtigung des maßgeblichen Zeitraums nicht in Betracht kämen. So würden solche Anlagen nach Marktreife erst mit einer Vorlaufzeit von ca. 15 Monaten zu beschaffen sein. Aktuelle Modelle verfügten zudem lediglich über eine Nennleistung von maximal 50 MVar und seien damit nicht ausreichend dimensioniert. Zudem machte die Antragstellerin darauf aufmerksam, dass sie bislang nicht über solche Anlagen verfügen würde.

In den zum 23.04.2021 nachgereichten Unterlagen war ein Snapshot einer historischen Netzsituation vom [REDACTED] um [REDACTED] Uhr enthalten, der in Form eines Integral-Datensatzes aufbereitet war. Anhand dieses Snapshots sollte nachgewiesen werden, dass ohne den Einsatz von Heyden Spannungsbandverletzungen in der Region um Heyden auftreten würden. Zum betrachteten Zeitpunkt waren die Kraftwerke Heyden und Mehrum (BNA0464) ausgeschaltet. Die an den Umspannwerken Grohnde, Landesbergen und Ovenstädt gemessenen Spannungen betrugen [REDACTED] bis [REDACTED] kV. In dieser Situation waren zudem bereits mehrere Stromkreise u.a. auch in Südniedersachsen abgeschaltet, so dass auch die Wirkleistungsflüsse eingeschränkt waren. Im Rahmen dieses Snapshots wurde von der Antragstellerin eine Abschaltung des gem. § 7 Abs. 1a Nr. 5 AtG bis zum 31.12.2021 abzuschaltenden Kernkraftwerkes Grohnde in einer Integral-Rechnung simuliert, um die Auswirkungen des Zusammenspiels der Nichtverfügbarkeit von Heyden und

Grohnde untersuchen zu können. Bei Abschaltung des Kernkraftwerkes Grohnde und der Nichtverfügbarkeit Heydens hätte die Spannung ■■■ kV betragen.

Der Prüfung der BNetzA wurde zudem ein Snapshot vom ■■■ um ■■ Uhr zugrunde gelegt, der ihr im parallelen Verfahren zur Prüfung der Systemrelevanz der Anlage Westfalen Block E (BNA0413c, Az. 4.14.03.02/001) von der Amprion GmbH (im Folgenden: Amprion) zur Verfügung gestellt wurde. Im betreffenden Snapshot stellte Amprion einen Grundfall dar, der den historischen Ist-Zustand ohne die Verfügbarkeit der Anlagen Westfalen Block E (parallele Prüfung auf Systemrelevanz) und Bergkamen A (die Anzeige auf vorläufige Stilllegung ging am 06.05.2021 bei der BNetzA ein) abbildete. Ausgehend von diesem Grundfall wurden neun Szenarien modelliert, in denen (n-1)-Fälle und Mehrfachfehler (sog. Exceptional Contingencies) simuliert wurden. Auf Basis dieser Daten stellte die BNetzA eigene Berechnungen zur Beurteilung der Spannungshaltung für die Netzregion Heydens an.

Bereits im Grundfall lagen die gemessenen Spannungswerte am maßgeblichen Umspannwerk Ovenstädt bei ■■■ kV. Im EC-Fall „EC_D7_D7_0180“, in dem der zeitgleiche Ausfall der Stromkreise Münsterland, Roxel Ost, Uentrop Nord und Gronau West simuliert wurde, hätte die Spannung am Umspannwerk Ovenstädt hingegen ■■■ kV betragen.

Zur Plausibilisierung wurden des Weiteren indiziell die Betrachtungen der Blindleistungsbilanzanalyse der Systemanalyse 2020 für den Betrachtungszeitraum 2024/2025 herangezogen, aus denen sich in ■■■ Stunden ein stationäres Blindleistungsbilanzungleichgewicht in der Netzgruppe D23, in der sich Heyden befindet, ergab. Unter Einbeziehung des dynamischen Blindleistungsbedarfs würde in ■■■ Stunden des Jahres eine Unterdeckung mit statischer oder dynamischer Blindleistung bestehen.

Weiterhin zeigte eine Abfrage der BNetzA auf www.netztransparenz.de, dass Heyden seit Beginn der Verpflichtung zur Betriebsbereitschaftsaufrechterhaltung nach § 52 Abs. 2 KVBG bis zum 15.05.2021 insgesamt 15-mal zum Zwecke des spannungsbedingten Re-dispatches abgerufen wurde.

Mit Schreiben vom 03.05.2021 gab die BNetzA der Beteiligten die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Diese führte in ihrer Stellungnahme vom 12.05.2021 aus, dass die Betreiber bereits aus verfassungsrechtlichen Gründen Planungssicherheit benötigen würden, um die endgül-

tige Stilllegung einer Anlage für den Zeitpunkt unmittelbar nach dem Ende der Systemrelevanz vorbereiten zu können. Aus diesem Grund sei auch im vorliegenden Verfahren eine zeitnahe Information zum weiteren Vorgehen am Standort zwingend erforderlich, damit dem beschäftigten Personal eine zeitliche Perspektive gegeben und weiteren Kündigungen von Mitarbeiter:innen, bzw. von diesen initiierten unternehmensinternen Wechseln vermieden werden kann.

Des Weiteren teilte die Beteiligte mit, dass die Pläne zur Nachnutzung des Standorts von Heyden, wie auch im Rahmen der Ausschreibungsunterlagen angegeben, sich weiterhin auf die großflächige Ansiedlung von Industrie und weniger kleinteiligem Gewerbe fokussieren würden.

Am 20.05.2021 teilte die Antragstellerin der BNetzA mit, dass die Kosten für die vor Beginn der weiteren Projektierungsmaßnahmen durchzuführende Machbarkeitsstudie nicht wie geschätzt bei [REDACTED] bis [REDACTED] Euro, sondern zwischen [REDACTED] und [REDACTED] Euro liegen würden. Zudem äußerte die Antragstellerin Bedenken dahingehend, ob noch bis zum März des Jahres 2022 eine Umrüstung Heydens zur rPSA möglich sei. Damit sei auch ein zeitweiser Einsatz Heydens in der Netzreserve bis zur realisierten Umrüstung zu überdenken.

Auf diese Information hin gab die BNetzA der Antragstellerin und der Beteiligten mit Schreiben vom 21.05.2021 erneut bis zum Ablauf des 26.05.2021 die Gelegenheit zur Stellungnahme, da der Umstand, ob Heyden bis März 2022 zur rPSA umgerüstet und in Betrieb genommen werden kann, von Einfluss auf ihre Entscheidung sein konnte. In diesem Zusammenhang bat die BNetzA die Antragstellerin um die Zustimmung zur Verlängerung der Entscheidungsfrist auf den 13.06.2021. Außerdem teilte die BNetzA der Antragstellerin und der Beteiligten mit, dass die Voraussetzungen des § 13b Abs. 5 Satz 6 Nr. 2 EnWG vorliegend gegeben seien.

Im Rahmen ihrer betreffenden Stellungnahme führte die Antragstellerin aus, dass ihrer Ansicht nach die Vorbereitung der Umrüstung bis zum 30.09.2022 realistisch zu sein schiene. Insoweit hielte die Antragstellerin auch einen Beginn des Umbaus von Heyden am 01.10.2022 für möglich. Zudem sagte die Antragstellerin zu, bis zum 07.07.2021 eine Aussage darüber tätigen zu können, ob eine Umrüstung bis zum März 2022 erfolgen könne.

Die Beteiligte gab in ihrer Stellungnahme an, dass eine Umrüstung Heydens zur rPSA bis zum März 2022 nach ihren derzeitigen Erkenntnismöglichkeiten weitestgehend ausgeschlossen sei. So sei etwa noch unklar, welche technischen Anforderungen an die rPSA

im Sinne „einer genauen Spezifikation“ erfüllt sein müssten. Nach Klärung dieser Ausgangslage sei die Durchführung einer Machbarkeitsstudie erforderlich, für deren Durchführung nach Ansicht der Antragstellerin ein Zeitraum von [REDACTED] zu veranschlagen sei. In dieser Machbarkeitsstudie müsse u.a. geklärt werden, welche Anlagenteile konkret umgebaut werden müssten. Mit der Machbarkeitsstudie könne jedoch erst nach Ausweisung der Systemrelevanz bzw. der Anweisung zur Umrüstung durch die Antragstellerin begonnen werden. Zudem seien weitere [REDACTED] Vorlaufzeit für die Erstellung von Ausschreibungsunterlagen und die Aufteilung der Arbeiten in Lose erforderlich, um die effizienteste Variante des Umbaus zu identifizieren. Parallel zu diesem Prozess wäre zwischen Antragstellerin und Beteiligter ein Betriebskonzept zu vereinbaren, um die vertragliche Beziehung zwischen den beiden während der Errichtungs- und Betriebsphase der rPSA zu bestimmen. Darüber hinaus seien mindestens [REDACTED] Monate für die Angebotslegung durch Lieferanten und deren Bewertung und Verhandlung durch die Beteiligte erforderlich. Erst nach Durchführung dieser Schritte sei eine belastbare Aussage darüber möglich, wie viel Zeit die Umrüstung Heydens in Anspruch nehmen würde. Erst danach könne mit der Vorbereitung des Genehmigungsverfahrens begonnen werden. Für die Beschaffung des [REDACTED] eine Lieferzeit von mehreren Monaten nötig, gefolgt von der Bauphase selbst.

Die Beteiligte gab zudem an, dass bis zum 07.07.2021 keine zusätzlichen Erkenntnisse zu erwarten seien. Sie sprach sich dagegen aus, die Systemrelevanz erst nach Mitteilung durch die Antragstellerin bis zum 08.07.2021, dass die Umrüstung nicht bis März 2022 abgeschlossen sein kann, zu genehmigen. Dies sei zu kurzfristig und ermögliche keine „hinreichende Rechts- und Planungssicherheit“. Sie schlägt dagegen vor, die Systemrelevanz für den gesamten von der Antragstellerin beantragten Zeitraum auszuweisen und mit einer auflösenden Bedingung zu begrenzen, bis mit dem Umbau begonnen werden kann. Alternativ sei auch ein durch die BNetzA auszuübender Widerrufsvorbehalt denkbar. Ziel sei ein „Haltepunkt“ im Jahr 2022, an dem erneut abgeschätzt werden solle, ob eine Umrüstung bis März 2023 fertiggestellt sein könne.

Zur beabsichtigten Verpflichtung der Antragstellerin, die Umrüstung Heydens bis zum 30.09.2022 vorzubereiten, gab die Beteiligte an, dass die Antragstellerin die Anlage nicht selbst umbauen könne und eine „Verpflichtung der Beteiligten gegenüber der Antragstellerin“ dann auch an die Beteiligte zu adressieren sei. Da eine Rechtsgrundlage aber „nicht ersichtlich“ sei, müsse dies vielmehr vertraglich zwischen der Antragstellerin, der Beteiligten und den ausführenden Unternehmen geregelt werden.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Verfahrens wird auf den Inhalt der Verfahrensakte

Bezug genommen.

II.

Dem Antrag festzustellen, dass die Antragstellerin von der Beteiligten auf Grund der bei unterstellter fehlender Umrüstung zur rotierenden Phasenschieberanlage bestehenden Systemrelevanz der Anlage deren Umrüstung verlangen kann, ist stattzugeben, da dieser zulässig und begründet ist (dazu im Folgenden unter 2.). Damit gewährleistet ist, dass die Umrüstung und Inbetriebnahme der rPSA bis spätestens März 2023 erfolgen kann, ist die Antragstellerin zur unverzüglichen Geltendmachung ihres Anspruchs gegenüber der Beteiligten aus § 26 Abs. 4 Satz 1 KVBG nach Bekanntgabe dieses Bescheids zu verpflichten (dazu im Folgenden unter 3.). Zudem ist dem hilfsweisen Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Antragstellerin teilweise zu entsprechen, da eine Umrüstung Heydens bis zum März 2022 voraussichtlich nicht erfolgen kann (dazu im Folgenden unter 4.), damit für den Zeitraum bis zur Umrüstung die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems gewährleistet ist. Des Weiteren ist die Antragstellerin zu verpflichten, der BNetzA über den Fortgang der Planung und die Vorbereitung der Umrüstung der Anlage Heyden Block 4 alle vier Monate, beginnend ab dem 08.07.2021, schriftlich zu berichten, damit die BNetzA im Falle von Verzögerungen der Umrüstungsarbeiten dazu in die Lage versetzt wird, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen (dazu im Folgenden unter 5.). Soweit sich im Laufe der Planungen und Vorarbeiten für die Umrüstung Heydens zur rPSA herausstellen sollte, dass ein Beginn der konkreten Umrüstungsarbeiten nicht bis zum 01.10.2022 erfolgen kann, hat die Antragstellerin spätestens bis zum 01.09.2022 einen Antrag auf Genehmigung der Verlängerung der Systemrelevanzausweisung bei der BNetzA zu stellen (dazu im Folgenden unter 6.).

1. Der Antrag der Antragstellerin war gem. § 133 BGB analog dahingehend auszulegen, dass die Antragstellerin in der Hauptsache die Feststellung begehrt, dass die Ausweisung der Systemrelevanz Westfalens ohne die Umrüstung zur rPSA von der BNetzA i.S.v. §§ 26 Abs. 4 Satz 1, 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 KVBG genehmigt worden wäre. Erst hilfsweise für den Fall, dass eine Umrüstung Heydens zum rPSA nicht bis zum März 2022 erfolgen kann, soll der Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung Heydens zum Zuge kommen. Dies ergibt sich vorliegend aus dem Antrag selbst sowie der dahingehenden Klarstellung der Antragstellerin in der Besprechung vom 23.03.2021. Im Antrag selbst stellt die Antragstellerin konkret darauf ab, dass eine Systemrelevanzausweisung Heydens für die Konstellation

in Betracht kommt, dass eine Umrüstung zum rPSA nicht bis zur Stilllegung des Kernkraftwerks Grohnde zum 31.12.2021 realisiert werden kann. Im Zwischengespräch vom 23.03.2021 gab die Antragstellerin dann nochmals gegenüber der BNetzA an, in erster Linie grundsätzlich an der Umrüstung Heydens festzuhalten und nur hilfsweise dazu eine Systemrelevanzausweisung Heydens in Betracht zu ziehen. Eine Umrüstung müsse nicht zwangsläufig allein bis zum 31.12.2021, sondern könne auch bis zum Ende der windreichen Zeit im März 2022 erfolgen. Danach könne eine Umrüstung erst wieder innerhalb der nächsten windreichen Phase von Oktober 2022 bis März 2023 erfolgen.

Ein Rangverhältnis zwischen den beiden Anträgen herzustellen, ist erforderlich. Die Antragstellerin kann von ihrem Recht nach § 26 Abs. 4 Satz 1 KVBG nur dann Gebrauch machen, wenn die Ausweisung der Systemrelevanz der entsprechenden Anlage im Ergebnis nicht oder nicht in vollem Umfang genehmigt wurde, sondern so wie es der Wortlaut des Gesetzes an dieser Stelle fordert, ohne die Möglichkeit zur Umrüstung zu einem „Betriebsmittel zur Bereitstellung von Blind- oder Kurzschlussleistung“ i.S.v. § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 KVBG als vorhandene Alternative genehmigt worden wäre. Insoweit schließt eine Genehmigung der Systemrelevanzausweisung durch die BNetzA den Anspruch der Antragstellerin nach § 26 Abs. 4 Satz 1 KVBG letztlich aus.

§ 26 Abs. 4 Satz 1 KVBG stellt eine Anspruchsnorm zwischen zwei Privatrechtssubjekten dar, die sich in einer ihrer Voraussetzungen zwar auf die Prüfung der BNetzA nach § 26 Abs. 2 Nr. 3 KVBG i.V.m. § 13b Abs. 2 und 5 EnWG bezieht, die BNetzA jedoch selbst nicht unmittelbar zu Maßnahmen ermächtigt. Den Anspruch, eine Umrüstung zu einem Betriebsmittel zur Bereitstellung von Kurzschluss- oder Blindleistung zu verlangen, kann nur der ÜNB gegenüber dem jeweiligen Kraftwerksbetreiber geltend machen. Ebenso bezieht sich die im Rahmen der Ausschreibungen nach Teil 3 des KVBG abzugebende Verpflichtung nach § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 KVBG allein auf das Verhältnis zwischen ÜNB und Kraftwerksbetreiber.

Die Prüfung, ob Alternativen zu einer Systemrelevanzausweisung bestehen, werden von der BNetzA aufgrund der Vorschriften der § 26 Abs. 2 Nr. 1 und 3 KVBG a.E. im Rahmen ihrer Prüfung berücksichtigt. Die BNetzA kann die Feststellung aussprechen, dass die Voraussetzungen des § 26 Abs. 4 Satz 1 KVBG vorliegen,

da die Voraussetzungen, unter denen die Antragstellerin von ihrem Recht nach § 26 Abs. 4 Satz 1 KVBG Gebrauch machen kann, Teil der Prüfung der BNetzA nach § 26 Abs. 2 Nr. 3 KVBG i.V.m. § 13b EnWG sind. Dies entspricht auch dem in der Gesetzesbegründung zum KVBG zum Ausdruck kommenden Willen des Gesetzgebers, der für die Umrüstung voraussetzt, dass die Umrüstung als solche als Alternative im Rahmen der Systemrelevanzprüfung der BNetzA identifiziert wurde (BR-Drs. 52/20, S. 138).

Ermächtigungsgrundlage einer solchen Feststellung für die BNetzA ist ebenfalls § 26 Abs. 2 Nr. 3 KVBG i.V.m. § 13b Abs. 5 EnWG. Die Ausweisung der Systemrelevanz geht ebenfalls mit der impliziten Feststellung einher, dass Alternativen zu einer Systemrelevanzausweisung bzw. deren Genehmigung durch die BNetzA gerade nicht bestanden haben. Dementsprechend muss es im Umkehrschluss möglich sein, das gewissermaßen gegensätzliche Ergebnis „keine Systemrelevanzausweisung wegen bestehender Alternativen“ ebenfalls rechtsverbindlich feststellen zu können. Zumal aufgrund der Vorschrift des § 26 Abs. 4 Satz 1 EnWG ein rechtliches Interesse nicht nur der Antragstellerin, sondern zur Schaffung von Rechtssicherheit und Rechtsfriedens auch für die Beteiligten an einer solchen Feststellung besteht.

2. Der Antrag auf die begehrte Feststellung ist zulässig und begründet, da die Voraussetzungen des § 26 Abs. 4 Satz 1 KVBG erfüllt sind: Zum einen besteht mit der Umrüstung Heydens zur rPSA eine angemessene Alternative zum Weiterbetrieb der Anlage i.S.v. § 26 Abs. 2 Nr. 2 KVBG a.E. i.V.m. § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG a.E., ohne deren Vorhandensein die Systemrelevanzausweisung Heydens (für einen längeren Zeitraum) genehmigt worden wäre (dazu im Folgenden **b**)). Zum anderen soll die Anlage i.S.v. § 13b Abs. 3 Satz 2 EnWG endgültig stillgelegt werden (dazu im Folgenden unter **c**)).
 - a) Der Antrag ist zulässig. Insbesondere ist die Antragstellerin als systemverantwortlicher ÜNB antragsbefugt gem. § 26 Abs. 2 Nr. 1 KVBG i.V.m. § 13b Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 EnWG. Heyden befindet sich in der Regelzone der Antragstellerin und überschreitet mit einer Netto-Nennleistung von 875 MW den in § 13b Abs. 5 Satz 1 EnWG genannten Schwellenwert von 50 MW.

- b) Die Stilllegung Heydens würde vorliegend mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht nur unerheblichen Gefährdung oder Störung des Elektrizitätsversorgungssystems führen, die jedoch durch die Umrüstung Heydens zur rPSA abgewendet werden kann. Nach § 26 Abs. 2 Nr. 1 KVBG i.V.m. § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG ist eine Anlage systemrelevant, wenn die Stilllegung der betreffenden Anlage mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht nur unerheblichen Gefährdung oder Störung des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde, die nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden kann. Die Begründung dafür soll sich aus der Systemanalyse der ÜNB oder dem Bericht der BNetzA nach § 3 NetzResV ergeben. Da vorliegend jedoch die Systemdienstleistung (SDL) Spannungshaltung betroffen ist und die Blindleistungsbilanzanalysen der Systemanalyse 2021 der ÜNB zu unplausiblen Ergebnissen geführt haben und entsprechend auch nicht im Bericht der BNetzA nach § 3 NetzResV bestätigt wurden, erfolgte die Begründung anhand der nachgereichten Unterlagen sowie Informationen der Antragstellerin bzw. der Amprion aus dem Parallelverfahren zur Anlage Westfalen Block E. Zusätzlich wurde von der BNetzA die Blindleistungsbilanzanalyse der Systemanalyse 2020 indiziell berücksichtigt. Anhand der von Amprion durchgeführten und von der BNetzA ebenfalls plausibilisierten Spannungsanalysen konnte vorliegend nachgewiesen werden, dass ohne den Einsatz von Heyden eine hinreichende Wahrscheinlichkeit für eine Gefährdung oder Störung des Elektrizitätsversorgungssystems besteht.
- aa) Die Ausführungen der Antragstellerin sowie die eigene Prüfung der BNetzA belegen, dass in der Region um Heyden durch das bereits vorhandene Defizit an Blindleistung bzw. durch die nach Stilllegung Heydens zu erwartenden Spannungsgrenzwertverletzungen die Spannungshaltung nicht mehr im erforderlichen Maße gewährleistet sein wird.

Nach § 2 Abs. 2 Satz 1 NetzResV liegt eine Gefährdung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems vor, wenn wie hier zu besorgen ist, dass die Spannungshaltung durch die Übertragungsnetzbetreiber nicht im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann. Dafür ist gem. § 2 Abs. 2 Satz 3 NetzResV auch erforderlich, dass systemrelevante Mehrfachfehler angemessen beherrscht werden müssen. Die Ausführungen der Antragstellerin halten der eigenen Nachprüfung der BNetzA stand. Der Nachweis drohender Grenzwertverletzungen und von Spannungsschwankungen ist geeignet, um die Systemrelevanz einer Anlage hinsichtlich der Spannungshaltung beurteilen zu können, da es sich bei dem

gem. Art. 25 Abs. 1 lit. a) VO (EU) 2017/1485 festzulegenden Grenzwertkonzept der ÜNB vom 05.05.2013 (im Folgenden: Grenzwertkonzept), welches auch gem. Art. 11 Abs. 2 lit. a) VO (EU) 2017/2196 dem gemeinsamen Systemschutzplan der ÜNB vom 22.02.2021 zugrunde liegt, um sonstige Rechtsvorschriften i.S.v. § 49 Abs. 1 Satz 2 EnWG handelt. Werden die Vorgaben solcher Vorschriften, deren Einhaltung der Gewährleistung eines sicheren Netzbetriebs dienen, verletzt, ist im Rahmen des § 2 Abs. 2 Satz 1 NetzResV davon auszugehen, dass die Spannungshaltung nicht mehr im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann.

Aufgrund des von der Antragstellerin vorgelegten Snapshots vom [REDACTED] sowie der im Snapshot von Amprion vom [REDACTED] auftretenden Spannungswerte ist eine Gefährdung oder Störung der Zuverlässigkeit und Sicherheit des Elektrizitätsversorgungssystems zu besorgen. Nach Maßgabe von Art. 18 Abs. 3 lit. a) i.V.m. Art. 25 Abs. 1 lit. a) VO (EU) 2017/1485 wäre vorliegend bei Abschaltung des Kernkraftwerks Grohnde im Snapshot der Antragstellerin vom [REDACTED] sowie im Szenario 8 des Snapshots von Amprion vom [REDACTED] ein *Notzustand* für das Übertragungsnetz gegeben gewesen. Dies ist dann der Fall, wenn wie hier die Grenz- oder Schwellenwerte, die von den ÜNB selbst aufgrund der Vorschrift des Art. 25 Abs. 1 lit. a) VO (EU) 2017/1485 im Grenzwertkonzept festgelegt wurden, nicht eingehalten werden. Das Vorliegen eines solchen Zustandes für das Übertragungsnetz indiziert, dass das Netz in diesem konkreten Fall nicht mehr sicher betrieben werden kann und damit eine konkrete Störung für das Elektrizitätsversorgungssystem besteht. Nach dem Grenzwertkonzept der ÜNB ist ein oberer Spannungsgrenzwert von 420 kV sowie ein unterer Spannungsgrenzwert von 370 kV festgelegt. Diese Werte dürfen nicht über- bzw. unterschritten werden, da sonst das Risiko von Betriebsmittelzerstörungen oder kaskadierenden Abschaltungen durch Schutzeinrichtungen und somit eine konkrete Gefahr für das Netz und die Netznutzer besteht. Dies wäre vorliegend ohne den Einsatz Heydens zur Spannungshaltung bei Auftreten eines Mehrfachfehlers der Fall.

Die weiteren von der Antragstellerin nachgereichten Snapshots für den Nachweis von kritischen Spannungszuständen und -änderungen, die aufgrund einer Stilllegung Heydens zu erwarten wären, konnten vorliegend nicht verwendet werden. Diese wurden ursprünglich zu einem anderen Zweck (Nachvollziehbarkeit des Blindleistungsaustausches zwischen Übertragungs- und Verteilnetzen für spätere Prognosen) von der Antragstellerin erstellt. Aus diesem Grund zog die BNetzA für ihre Prüfung den Snapshot vom [REDACTED] um [REDACTED] Uhr, den sie von der Amprion

GmbH (im Folgenden: Amprion) im Rahmen des parallelen Verfahrens zur Systemrelevanzprüfung der Anlage Westfalen Block E (BNA0413c; Az. 4.14.03.02/0011) erhalten hatte, heran. Die in diesem Snapshot dargestellte Netzsituation war für die vorliegende Prüfung vor allem deshalb besonders geeignet, da es an diesem Tag zum betreffenden Zeitpunkt zu einer sehr hohen Einspeisung von Strom aus Wind-Onshore- sowie Photovoltaik-Anlagen kam (ca. 60% aus Wind-Onshore und PV in der Stunde von ■ bis ■ Uhr, ausgehend von den Angaben auf www.smard.de). Aufgrund der geographischen Nähe der beiden Anlagen können die von Amprion eingereichten Snapshot-Daten auch für die Bewertung der Systemrelevanz von Heyden genutzt werden. Insbesondere konnten anhand der Snapshots von Amprion Aussagen hinsichtlich der Spannungswerte für das Umspannwerk Ovenstädt getroffen werden, welches sich in derselben Netzregion wie Heyden (D23) bzw. in dessen unmittelbarer Nähe befindet.

Die Auswertung des von der Antragstellerin zur Verfügung gestellten Snapshots belegt, dass der Einsatz Heydens zum Zwecke der Spannungssenkung notwendig ist. Nach Art. 18 Abs. 3 lit. a) i.V.m. Art. 25 Abs. 1 lit. a) VO (EU) 2017/1485 wäre ausgehend vom im Snapshot der Antragstellerin vom ■■■■■ simulierten Szenario ein *Notzustand* i.S.d. Vorschrift für das Übertragungsnetz gegeben gewesen. Im betrachteten Grundfall, in dem das Kernkraftwerk Grohnde noch in Betrieb gewesen ist, war die gemessene Spannung mit ■ bis ■ kV schon am Rande des zulässigen Bereiches gem. Grenzwertkonzept. Bei einem Grundfall handelt es sich gem. der Definition des Grenzwertkonzepts um einen (n-0)-Fall, also eine Netzsituation ohne Fehlerfall. Der Grundfall stellt also den realen (fehlerfreien) Netzzustand im Echtzeitbetrieb dar, von dem ausgehend Fehlerszenarien simuliert werden, vgl. Abschnitt 2.1 des Grenzwertkonzepts. Aufgrund der bereits im Grundfall auftretenden Werte ist davon auszugehen, dass in dieser Situation der Eintritt eines (n-1)-Falles oder Mehrfachfehlers nicht mehr angemessen zu beherrschen gewesen wäre. Im untersuchten Szenario des Snapshots der Antragstellerin vom ■■■■■, in dem die Stilllegung des Kernkraftwerks Grohnde zum 31.12.2021 simuliert wird, wäre im Falle der Nichtverfügbarkeit von Heyden sowie Mehrum der obere Spannungsgrenzwert mit einer gemessenen Spannung von ■ kV erheblich überschritten. Bereits im abgebildeten Grundfall lag die Spannung mit Werten von ■ bis ■ kV am Rande des zulässigen Bereiches, sodass bereits bei kleineren Änderungen des Normalbetriebs und ggf. im Fehlerfall eine Überschreitung des Grenzwerts möglich ist

Der Einsatz Heydens ist jedoch nicht allein zur Spannungssenkung, sondern nach der eigenen Prüfung der BNetzA ebenfalls zur Spannungshebung erforderlich. Aufgrund der im Szenario 8 des Amprion-Snapshots vom [REDACTED] auftretenden Spannungswerte ist ebenfalls eine Störung oder Gefährdung der Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems zu besorgen. Nach Maßgabe von Art. 18 Abs. 3 lit. a) i.V.m. Art. 25 Abs. 1 lit. a) VO (EU) 2017/1485 wäre vorliegend im Szenario 8 des Snapshots vom [REDACTED] auch ein *Notzustand* für das Übertragungsnetz wegen Unterschreitung des Schwellenwertes von 370 kV gegeben gewesen. Dieses Szenario simuliert einen Mehrfachfehler und zeigte in den Untersuchungen der BNetzA, dass ohne den Einsatz von Heyden zur Spannungshaltung der Spannungsgrenzwert von 370 kV nicht eingehalten werden könnte. In der konkreten Betrachtung wurde dieser Bereich mit [REDACTED] kV sogar massiv unterschritten, womit ein Mehrfachfehler von der Antragstellerin entgegen der Vorgabe in § 2 Abs. 2 Satz 3 NetzResV nicht mehr angemessen beherrschbar gewesen wäre.

Bereits im Grundfall lagen die gemessenen Spannungswerte der in der maßgeblichen Region (Heyden / Westfalen) befindlichen Umspannwerke im Snapshot vom [REDACTED] zwischen [REDACTED] und [REDACTED] kV und damit schon unter dem Sollspannungsband von [REDACTED] bis [REDACTED] kV gem. Grenzwertkonzept. Zwar sind im Normalbetrieb gem. Grenzwertkonzept Spannungswerte von 380 bis 420 kV zulässig. Jedoch ist bereits bei Abweichungen vom Sollspannungsband der Einsatz spannungsstützender Maßnahmen erforderlich, da nur im Soll-Spannungsbereich eine optimale Elektrizitätsübertragung gewährleistet ist. Im dargestellten Szenario 8 lagen diese Grenzwerte am Umspannwerk Ovenstädt jedoch mit einem Spannungswert von [REDACTED] kV im Nachfehlerzustand deutlich unter dem Grenzwert von [REDACTED] kV und damit in einem für eine sichere Netzführung inakzeptablen Bereich.

Als weiterer Beleg für die Notwendigkeit Heydens zur Blindleistungsbereitstellung konnte die Auswertung der Systemanalyse 2020 für den Zeitraum 2024/2025 herangezogen werden. Diese zeigte, wie eingangs bereits beschrieben, auf, dass für das Betrachtungsjahr 2024/2025 in allen Stunden des Jahres ein ungedeckter Bedarf an statischer oder dynamischer Blindleistung bestünde. Zudem zeigen die bislang 15 Einsätze Heydens zum spannungsbedingten Redispatch während der Betriebsbereitschaftserhaltungsphase gem. § 52 Abs. 2 KVBG die Notwendigkeit Heydens zur Spannungshaltung auf.

- bb) Für den Eintritt der genannten Störungen oder Gefährdungen besteht auch eine hinreichende Wahrscheinlichkeit. Dabei sind an den Eintritt der Wahrscheinlichkeit umso geringere Anforderungen zu stellen, je größer der Schaden durch den Eintritt einer solchen Gefährdung oder Störung zu erwarten wäre (statt vieler: *König* in: Säcker, Berliner Kommentar zum Energierecht, 4. Auflage 2019, § 13b Rn. 17). Der zu erwartende Schaden für die Bevölkerung und die Volkswirtschaft wäre vorliegend in beiden untersuchten Konstellationen immens. Aufgrund des bereits vorhandenen Blindleistungsdefizits in der Region um Heyden würden sich die prognostizierten Spannungsgrenzwertverletzungen gravierend auf einen sicheren Netzbetrieb auswirken.

Im Falle des zu hohen Spannungswertes von [REDACTED] kV im Snapshot vom [REDACTED] wäre mit dem Eintritt mit der Zerstörung von Betriebsmitteln zu rechnen gewesen. Dies hätte in der Folge zu einem Kaskadeneffekt führen können, der wiederum in einem großflächigen Ausfall von Teilen des Netzes der Antragstellerin sowie benachbarter Netze hätte münden können. Ein solcher Netzzusammenbruch hätte zur Folge, dass Leib und Leben einer Vielzahl von Menschen beeinträchtigt und auch ein hoher volkswirtschaftlicher Schaden auftreten würde. Der Eintritt der untersuchten Konstellation ist zudem nicht unwahrscheinlich, da die Stilllegung des Kernkraftwerkes Grohnde zum 31.12.2021 gesetzlich gem. § 7 Abs. 1a Nr. 5 AtG festgelegt ist. Ebenso ist die Nichtverfügbarkeit des Kraftwerks Mehrum in solch einer Situation möglich, da diese Anlage im Rahmen der zweiten Ausschreibungsrunde nach Teil 3 des KVBG einen Zuschlag erhalten hat.

Auch bei Eintritt des untersuchten Mehrfachfehlerfalls im Szenario 8 des Snapshots vom [REDACTED] besteht eine hinreichende Wahrscheinlichkeit für größere Schäden. In einer Situation, in der Spannungswerte von [REDACTED] kV auftreten, müssten kaskadierende Schutzabschaltungen vorgenommen werden. Durch diese bestünde das Risiko eines (großräumigen) Netzzusammenbruchs. Durch die so erfolgenden Abschaltungen selbst stünde bereits zu besorgen, dass Leben und Gesundheit einer Vielzahl von Menschen beeinträchtigt werden würde. Im Falle automatisch erfolgender Abschaltungen könnte nicht angemessen auf die Belange der ans jeweilige Netz angeschlossenen Kund:innen geachtet werden. Diese Abschaltungen müssen in einem solchen Fall, um noch weitere Schäden bzw. eine Ausweitung von Schäden abzuwenden, ad hoc erfolgen.

Bei dem im Szenario 8 des Snapshots vom [REDACTED] untersuchten Mehrfachfehler handelt es sich zudem um eine Situation, deren Eintritt zwar von einer Mehrzahl

an Bedingungen abhängt, unter Berücksichtigung des bereits bestehenden Blindleistungsdefizits und der aktuellen Netzsituation jedoch nicht auszuschließen ist. Aus der Vorgabe zur Beherrschung von Mehrfachfehlern für den sicheren Netzbetrieb in § 2 Abs. 2 Satz 3 NetzResV geht insoweit auch hervor, dass der Verordnungsgeber die Auswirkungen von Mehrfachfehlern im regulären Netzbetrieb auf ein Minimum begrenzen möchte. Aufgrund der durch die Ausbauziele von § 4 EEG zu erwartenden Zunahme der dargebotsabhängigen Erzeugung und dem aktuell noch unzureichenden Netzausbau ist auch davon auszugehen, dass bei Eintritt eines Fehlerfalls von der Qualität der im Szenario 8 untersuchten Konstellation „EC_D7_D7_0180“ (EC = Exceptional Contingency = Mehrfachfehler) auch in Zukunft größere Auswirkungen zu besorgen wären. Im Snapshot vom [REDACTED] wurde der mögliche Eintritt eines Mehrfachfehlers in einer Netzsituation untersucht, die der Entscheidung der BNetzA nur wenige Monate vorauslag. Die Faktoren, die zu den großen Auswirkungen eines Fehlereintritts in diesem Netzzustand führten (starke dargebotsabhängige Einspeisung von Energie und unzureichende Netzstruktur kombiniert mit dem Wegfall konventioneller Kraftwerke), sind auch für die Zukunft gegeben und können sich mitunter aufgrund der infolge der Ausbauziele von § 4 EEG anstehenden Erhöhung der dargebotsabhängigen Einspeisung von Strom sogar verschärfen, wenn der Ausbau des Netzes nicht in einem angemessenen Verhältnis dazu realisiert wird.

- cc) Mit der Umrüstung Heydens zu einer rPSA mit einer Nennleistung von [REDACTED] MVar besteht allerdings eine angemessene Alternative zu einem durch eine Systemrelevanzausweisung bedingten Weiterbetrieb der Anlage.
- (1) Eine Maßnahme ist dann als angemessene Alternative anzusehen, wenn sie unter Berücksichtigung technischer Aspekte, erforderlicher Vorlaufzeiten sowie erwarteter Kosten i.S.v. § 26 Abs. 2 Nr. 1 KVBG a.E. zur Abwendung einer durch die Stilllegung einer Anlage bedingten Gefährdung oder Störung gleich geeignet ist wie der Weiterbetrieb der Anlage. Mit einer avisierten Nennleistung von [REDACTED] Mvar ist die Umrüstung Heydens zur rPSA nicht nur gleich, sondern sogar besser dazu geeignet, in der Region dem Blindleistungsdefizit durch entsprechende Blindstromeinspeisung beizukommen. Zudem zeigt die Prüfung anhand der Snapshots vom [REDACTED] und [REDACTED] durch die BNetzA ebenfalls auf, dass der Einsatz Heydens sowohl zur Spannungssenkung als auch –hebung benötigt wird. Der daraus resultierende Bedarf an der Bereitstellung von stationärer und dynamischer

Blindleistung kann ebenfalls besser durch eine rPSA als durch den Einsatz eines Kraftwerkes zum spannungsbedingten Redispatch erfolgen.

Zwar könnte eine Umrüstung zur rPSA und anschließende Inbetriebnahme im Gegensatz zu einer Überführung in die Netzreserve nicht ad hoc, sondern voraussichtlich erst bis zum März 2023 erfolgen. Jedoch kommt diesem Umstand im Gegensatz zur möglichen Emissionsreduktion und zu den geringeren Kosten sowie der größeren Flexibilität und Effektivität einer rPSA für die Blindleistungsbereitstellung ein geringeres Gewicht zu. So liegen die Kosten für den dreijährigen Betriebszeitraum inklusive der Kosten für die Umrüstungsmaßnahmen mit insgesamt ■ Mio. € selbst geringer als diejenigen, die bei einem Einsatz Heydens in der Netzreserve zum spannungsbedingten Redispatch über denselben Zeitraum anfallen würden (■ bis ■ Mio. €). Zudem stößt eine rPSA nahezu keinerlei Emissionen aus und ist deshalb auch gemessen an den Zielen der §§ 1 KVBG und 1 EnWG im Gegensatz zu einer Systemrelevanzausweisung und damit einhergehenden Überführung Heydens in die Netzreserve vorzugswürdig.

- (2) Eine andere angemessene Alternative als die Umrüstung Heydens zur rPSA kommt indes nicht in Betracht. Im Sinne einer systemoptimalen Lösung wurde ebenfalls von der BNetzA untersucht, ob die Umrüstung einer der aktuell zur Prüfung anstehenden Anlagen Westfalen oder Heyden hinreichend wäre, um den Spannungsproblematiken in beiden Regionen abzuhelpfen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Vorliegend ist zu beachten, dass die Regionen um Westfalen und Heyden, obwohl einander geografisch nahe, netztopologisch nur einen geringen Vermischungsgrad aufweisen. Eine direkte Verbindung besteht nur über das Doppelsystem ■ - ■. Wenn man sich für nur eins der beiden Kraftwerke entscheiden würde, wären Fehlersituationen auf dieser Verbindung, insbesondere eine (n-2)-Situation, kritisch und könnten nicht mehr beherrschbar sein. Zudem würde aufgrund der räumlichen Distanz von Westfalen und Heyden nur ein Bruchteil der von Westfalen bereitzustellenden Blindleistung in der Region um Heyden ankommen, der nicht ausreichend wäre, um dem Spannungsproblem in der Region beizukommen.

Da die Prüfung der BNetzA zu dem Ergebnis gelangt ist, dass der Einsatz Heydens nicht allein zur Spannungssenkung, sondern auch zur Spannungshebung erforderlich ist, kommt die alternative Errichtung einer Drosselspule zur Bereitstellung von stationärer Blindleistung ebenfalls nicht in Betracht. Die Weiteren von der Antrag-

stellerin in Planung befindlichen Blindleistungskompensationsmaßnahmen kommen indes zu einem zu späten Zeitpunkt, um der bereits akut bestehenden Spannungsproblematik in der Region abzuhelpfen. Weitere ad-hoc-Maßnahmen, wie der Einsatz mobiler Blindleistungskompensationsanlagen, werden in der Praxis zudem erst noch erprobt, würden über eine zu geringe Nennleistung verfügen und müssten zudem zusätzlich erst noch mit entsprechender Vorlaufzeit beschafft werden.

Zu einer „marktgestützten“ Beschaffung von bereitzustellender Blindleistung i.S.v. § 12h Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EnWG war die Antragstellerin vorliegend nicht gehalten, da die Verpflichtung des § 12h Abs. 1 Satz 1 EnWG bis zur Festlegung der Spezifikationen und technischen Voraussetzungen nach § 12h Abs. 5 EnWG bzw. deren Genehmigung durch die BNetzA gem. § 12h Abs. 6 EnWG gem. § 12h Abs. 7 EnWG ausgesetzt ist. Soweit die Bereitstellung von Blindleistung im vorliegenden Fall als dynamische Blindstromstützung nach § 12h Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 EnWG zu klassifizieren wäre, würde eine Verpflichtung ohnehin aufgrund der entsprechenden Ausnahmefestlegung der BNetzA nicht obligat sein (vgl. Beschluss der Beschlusskammer 6 vom 18.12.2020, Az. BK6-20-296).

- c) Heyden soll auch nach § 13b Abs. 3 Satz 2 EnWG endgültig stillgelegt werden. Danach sind endgültige Stilllegungen Maßnahmen, die den Betrieb der Anlage endgültig ausschließen oder bewirken, dass eine Anpassung der Einspeisung nach § 13a Abs. 1 EnWG nicht mehr innerhalb eines Jahres nach einer Anforderung nach § 13b Abs. 4 EnWG erfolgen kann, da die Anlage nicht mehr innerhalb dieses Zeitraums betriebsbereit gemacht werden kann. Dies ist vorliegend der Fall. Die von der Beteiligten avisierten Nachnutzungskonzepte des Standorts Heyden würden dazu führen, dass eine Anpassung der Einspeisung der Anlage nicht mehr innerhalb eines Jahres nach einer Anforderung erfolgen könnte. Insoweit muss nur der Zeitraum bis zum möglichen Beginn der Umrüstungsarbeiten im Oktober 2022 durch den Einsatz Heydens in der Netzreserve gesichert werden.
3. Die Verpflichtung der Antragstellerin, ihren Anspruch gegenüber der Beteiligten nach § 26 Abs. 4 Satz 1 KVBG i.V.m. § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 KVBG unverzüglich nach Bekanntgabe dieses Bescheides geltend zu machen, ist ebenfalls zulässig und begründet.

Die genannte Verpflichtung ist als Nebenbestimmung zur Genehmigung in Form einer Auflage i.S.v. § 36 Abs. 2 Nr. 4 VwVfG gem. § 26 Abs. 2 KVBG i.V.m. § 13b Abs. 5 Satz 5 EnWG zulässig.

Diese Verpflichtung ist auch begründet. Nur wenn der Anspruch nach § 26 Abs. 4 Satz 1 KVBG i.V.m. § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 KVBG unverzüglich nach Bekanntgabe des Bescheides realisiert wird, kann gewährleistet werden, dass mit einer Umrüstung Heydens zur rPSA zum 01.10.2022 rechtzeitig begonnen werden kann und bis dahin die erforderlichen Vorplanungen und Vorbereitungen abgeschlossen werden können. Eine spätere Geltendmachung dieses Anspruchs birgt das Risiko, dass eine Umrüstung Heydens erst zu einem viel späteren Zeitpunkt, als eigentlich aus Gründen der Systemsicherheit und des Klimaschutzes erforderlich wäre, erfolgen kann. Auch für die Beteiligte ist es aufgrund von notwendigen Vorarbeiten u.ä. im Sinne der Planungs- und Rechtssicherheit notwendig, dass der Anspruch nach § 26 Abs. 4 Satz 1 KVBG i.V.m. § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 KVBG unverzüglich ihr gegenüber durch die Antragstellerin geltend gemacht wird.

4. Unbeschadet der Feststellung gem. Tenorziffer 1 und der Verpflichtung gem. Tenorziffer 2 ist dem Antrag auf Systemrelevanzausweisung Heydens teilweise stattzugeben, da dieser entsprechend den Ausführungen unter **2.** zulässig und begründet ist.

Die Systemrelevanzausweisung Heydens ist für den Zeitraum vom 08.07.2021 bis zum 30.09.2022 zu genehmigen. Nach § 13b Abs. 5 Satz 8 EnWG erfolgt die Ausweisung in dem Umfang und für den Zeitraum, der erforderlich ist, um die Gefährdung oder Störung abzuwenden. Wie unter **2.** ausgeführt, ist vorliegend ohne den Einsatz von Heyden eine Gefährdung oder Störung zu erwarten. In zeitlicher Hinsicht ist ein Einsatz Heydens jedoch nur bis zu dem Zeitpunkt vonnöten, bis zu dem mit den Umrüstungsarbeiten an der Anlage begonnen werden kann. Mit Inbetriebnahme der rPSA selbst kann die Gefährdung oder Störung ab dem Ende der windreichen Zeit ab März 2023 abgewendet werden. Damit ist vorliegend für den Zeitraum vom Wirksamwerden des Verbots der Kohleverfeuerung am 08.07.2021 bis zu dem Zeitpunkt, an dem mit den Arbeiten zur Umrüstung Heydens begonnen werden kann (Oktober 2022) der Einsatz Heydens zur Abwendung einer Gefährdung oder Störung erforderlich. Im Zeitraum vom 08.07.2021 bis zum 30.09.2022 kann eine Umrüstung Heydens aufgrund des für die Durchführung der Umrüstung erforderlichen zeitlichen Vorlaufs sowie der Notwendigkeit des Einsatzes Heydens zum spannungsbedingten Redispatch noch nicht erfolgen. Somit ist bis zum Beginn der nächsten windreichen Zeit im Oktober 2022 ein Einsatz Heydens zum spannungsbedingten Redispatch in der Netzreserve erforderlich, um die Spannungshaltung in der Region um Heyden zu gewährleisten.

Der Antrag auf eine Genehmigung der Systemrelevanzausweisung über diesen Zeitraum hinaus bis zum 07.07.2023 ist hingegen abzulehnen, da mit der voraussichtlichen Inbetriebnahme der rPSA bis zum März 2023 die Gefährdung oder Störung anderweitig abgewendet werden kann. Insoweit muss nur der Zeitraum bis zum möglichen Beginn der Umrüstungsarbeiten im Oktober 2022 durch den Einsatz Heydens in der Netzreserve gesichert werden.

5. Auch die Verpflichtung der Antragstellerin, der BNetzA beginnend vom 08.07.2021 alle vier Monate über den Stand der Planungen und Arbeiten zur Umrüstung Westfalens zu berichten, ist zulässig und begründet.

Die Verpflichtung zur Berichterstattung ist als Auflage i.S.v. § 36 Abs. 2 Nr. 4 VwVfG auf Grundlage von § 26 Abs. 2 KVBG i.V.m. § 13b Abs. 5 Satz 5 EnWG zulässig. Zudem kann nur durch die Pflicht zu einer regelmäßigen Berichterstattung sichergestellt werden, dass die Voraussetzungen der Feststellung unter der Tenorziffer 1 erfüllt werden können.

Die genannte Verpflichtung ist auch begründet. Sie soll gewährleisten, dass die BNetzA in die Lage versetzt wird, bei ungeplanten Schwierigkeiten und Verzögerungen im Rahmen des Prozesses zur Umrüstung von Heyden zur rPSA die erforderlichen Maßnahmen ergreifen zu können, um eine etwaig durch eine Verzögerung drohende Gefährdung oder Störung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems abzuwenden. Nur durch eine regelmäßige Berichterstattung zum jeweils aktuellen Stand der noch erforderlichen und bereits bewältigten Arbeiten zur Umrüstung Westfalens ist es der BNetzA möglich, ihrer aus § 65 EnWG resultierenden allgemeinen Aufsichtspflicht angemessen nachzukommen und möglichen Verzögerungen rechtzeitig entgegenzuwirken.

Die Alternative, erst bei zufälligem Bekanntwerden von Ereignissen mit Verzögerungspotential zu reagieren, ist demgegenüber nicht gleich wirksam. Die Alternative, sich ohne Anlass in unregelmäßigen Abständen Bericht erstatten zu lassen, ist ebenfalls nicht von vergleichbarer Konsequenz. Sie kann darüber hinaus sogar zusätzliche Belastungen für die Verpflichteten begründen, weil sie keine Etablierung eingespielter Prozesse erlaubt.

Die Bundesnetzagentur weist darauf hin, dass die Beteiligte als Adressatin des Anspruchs der Antragstellerin aus § 26 Abs. 4 Satz 1 KVBG nicht nur eine Mitwirkungspflicht bei der Erstellung des Berichtes sondern auch bei allen notwendigen

Planungs- und Vorbereitungshandlungen sowie den eigentlichen Umbaumaßnahmen trifft. Des Weiteren weist die Bundesnetzagentur darauf hin, dass an die Einhaltung der Mitwirkungspflichten Folgen in anderen Verfahren der BNetzA etwa im Rahmen der Kostenanerkennung geknüpft werden können. Die Antragstellerin ist auf die Mitwirkung der Anlagenbetreiberin angewiesen und kann nicht alle notwendigen Maßnahmen selbst vornehmen. Antragstellerin und Beteiligte sind im Rahmen ihrer Netzbetreiber- und ihrer Mitwirkungspflichten angehalten, in gegenseitigem Zusammenwirken u.a. unverzüglich einen Projektplan aufzustellen, eine Machbarkeitsstudie zu erstellen oder erstellen zu lassen, die notwendigen Beschaffungsvorgänge unverzüglich einzuleiten und wie tenoriert über den Verlauf des Projektes, die Mitwirkung der Beteiligten und unvorhergesehene Entwicklungen zu berichten. Die Erstellung und Vorlage eines Projektplanes ist zusätzlich zu den regelmäßigen Berichtspflichten notwendig, um die BNetzA in die Lage zu versetzen, den Inhalt der regelmäßigen Berichte in ein Verhältnis setzen zu können, um so ein Bild vom jeweils aktuellen Stand der für die Umrüstung geleisteten und noch ausstehenden Maßnahmen zu bekommen. Nur so kann die BNetzA bei sich etwaig abzeichnenden Verzögerungen die entsprechenden Maßnahmen treffen.

Die Mitwirkungspflicht der Beteiligten resultiert zum einen aus ihrer Erklärung gem. § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 KVBG, mit welcher sie sich, um an der Ausschreibung nach Teil 3 des KVBG teilnehmen zu können, für den Fall des Zuschlags dazu verpflichtete, Heyden auf Anforderung des ÜNB zu einem Betriebsmittel zur Bereitstellung von Blindleistung umrüsten zu lassen. Des Weiteren ergibt sich die Mitwirkungspflicht aus der förmlichen Stellung der Beteiligten als Beigeladene. Darüber hinaus ist die Beteiligte die explizite Adressatin des Anspruchs nach § 26 Abs. 4 Satz 1 KVBG. Damit ist es zunächst ihre originäre Pflicht, den Anspruch zur Umrüstung der Anlage ggü. der Antragstellerin auch zu erfüllen, wozu u.a. eine Mitwirkung an den im Vorfeld erforderlichen Planungsprozessen gehört.

6. Die Verpflichtung der Antragstellerin, für den Fall, dass ein Beginn der Bauarbeiten zur Umrüstung Heydens zur rPSA nicht bis zum 01.10.2022 möglich ist, einen Antrag auf Verlängerung der gem. den Ausführungen unter **4.** erteilten Genehmigung zu stellen, ist ebenfalls zulässig und begründet.

Die Verpflichtung, einen erneuten Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung zu stellen, ist auch als Auflage i.S.v. § 36 Abs. 2 Nr. 4 VwVfG auf Grundlage von § 26 Abs. 2 KVBG i.V.m. § 13b Abs. 5 Satz 5 EnWG zulässig.

Sie ist auch begründet. Für den Fall, dass sich die Umrüstung Heydens auch nicht in der windreichen Zeit von Oktober 2022 bis zum März 2023 realisieren lässt, muss zur Gewährleistung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems die Möglichkeit bestehen, die Dauer der Systemrelevanzausweisung entsprechend zu verlängern. Da insbesondere eine potenzielle Änderung der netztechnischen Begebenheiten im Laufe des Jahres 2022 für eine Verlängerung der Genehmigung von Bedeutung ist, kann eine solche Verlängerung jedoch nur auf Antrag der Antragstellerin erfolgen. Die Verlängerung der Genehmigung der Systemrelevanzausweisung kann mithin nicht in Form einer auflösenden oder aufschiebenden Bedingung verfügt werden, da im Laufe der Zeit Entwicklungen eintreten können, die für die Beurteilung einer insoweit auch länger andauernden Systemrelevanz Heydens maßgeblich für die Entscheidungsfindung sind.

Rechtsbehelfsbelehrung

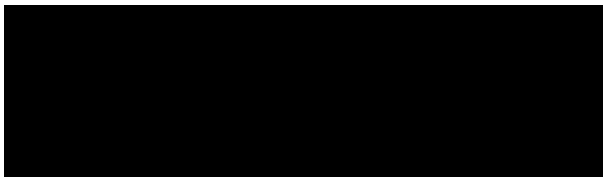
Gegen diese Entscheidung ist die Beschwerde zulässig. Sie ist binnen einer mit der Zustellung der Entscheidung beginnenden Frist von einem Monat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Zur Fristwahrung genügt jedoch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung enthalten, inwieweit diese Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie die Tatsachen und Beweismittel angeben, auf die sich die Beschwerde stützt. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 31.05.2021

Im Auftrag



Achim Zerres

(Abteilungsleiter Energieregulierung)